

Bericht:

Die Gruppe "BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Kindo, Krüger" hat am 09.03.2015 folgenden Antrag gestellt:

Antragstext:

Sehr geehrter Herr Böhling, sehr geehrte RatskollegInnen,

wir beantragen, dass die Stadt zukünftig für jeden neugeborenen Bürger der Stadt Schortens einen Baum pflanzt.

Zu Beginn eines Jahres wird die Anzahl der im Vorjahr „Neugeborenen“ in Schortens festgestellt und für diese Anzahl wird die gleiche Menge Bäume in einem „Nachwuchs-Forst Schortens“ gepflanzt. Der jeweilige Jahrgang wird mit einem Jahresschild gekennzeichnet.

Begründung:

- Nachhaltigkeit (Bedeutung für zukünftige Generationen)
- Klimawandel
- Bedeutung des Waldes (Erholung, nachwachsender Rohstoff, Tiere..)
- Kinder, spätere Erwachsenen, identifizieren sich mit ihrem Jahrgangswald
- Alleinstellungsmerkmal
- Schortens ist Klimakommune

Mit freundlichen Grüßen

Martin von Heynitz Gruppensprecher Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Kindo, Krüger

-2-

Die Verwaltung macht hierzu den Vorschlag, eine Potentialanalyse zur Findung von geeigneten Flächen zur Aufforstung zu suchen und die Flächen mit der Unteren Naturschutz- und Waldbehörde abzustimmen.

Der „Nachwuchsforst“ sollte nicht alleine von der Stadt finanziert werden, es soll den Eltern und anderen Personen die Möglichkeit gegeben werden ebenfalls Bäume zu pflanzen oder zu finanzieren.

Jedes Jahr könnte als Themenschwerpunkt der Aufforstung der „Baum des Jahres“ ausgewählt werden, sofern es sich um heimische oder um für eine hiesige Aufforstung geeignete Baumart handelt.

Die Verwaltung ist der Auffassung, dass eine Identifikation mit einer Aufforstung besser erfolgen kann, wenn eine Patenschaft und die Übernahme der Kosten vorgenommen werden kann, als wenn die Stadt als alleinige Finanzierin auftritt.

Eine Potentialstudie ist erforderlich, weil Rahmenbedingungen bei der Aufforstung zu beachten sind:

- Genehmigung bei einem möglichen Flächenumbruch.
- Aufforstungsgenehmigung.
- Größe der Fläche.
- Abstandsregeln zu den Nachbargrundstücken.
- Mögliche Zustimmungen der Anlieger.

Im Anschluss sollte der Vorgang weiter in den politischen Gremien behandelt werden.